



NICK HANNES

FOTO-TABLEAU

## Dubai – Brot und Spiele 5/5

Einer derart symbolgeladenen Szene kann kein Fotograf widerstehen. Das buschig dichte Grün im Hintergrund wirkt einermassen fremd im Wüstenstaat Dubai; die Bäume hingegen, die hier ihr natürliches Habitat hätten, sehen himmeltraurig aus. Was mag die Palmen in solches Elend gestürzt haben? Und bringt es noch irgendetwas, den Schlauch in die Pflanzenkübel zu hängen? Der Belgier Nick Hannes findet: «Eine gute Fotografie ist überraschend und verwirrend, aber auch attraktiv fürs Auge. Sie stellt eher Fragen, als dass sie Antworten gibt. Sie fordert den Betrachter auf, über das nachzudenken, was er im Bild sieht, und mithilfe seines eigenen Wissens und seiner Phantasie die dazugehörige Geschichte zu finden.»

Zukunft des Föderalismus

## Kantone als Labore

Gastkommentar  
von LARS P. FELD und  
CHRISTOPH A. SCHALTEGGER

«Die Schweiz wird föderalistisch sein oder nicht sein.» So drückte es der Staatswissenschaftler Werner Kägi 1944 prägnant aus. Tatsächlich bildet das bundesstaatliche Prinzip in der öffentlichen Debatte eine identitätsstiftende Klammer. Der fein austarierte institutionelle Aufbau verteilt die politische Macht breit und verleiht der Politik zusammen mit der direkten Demokratie ein hohes Mass an Stabilität und Legitimation. Die langwierigen Aushandlungsprozesse wirken allerdings gelegentlich auch ermüdend, und so sind die relativen Gewichte der Staatsebenen wie die territoriale Fragmentierung stetiger Diskussionsanlass: Sollen Kantone und Gemeinden fusionieren? Ist die institutionell starke Stellung der Kantone gegenüber dem Bund noch zeitgemäss zur Bewältigung der heutigen politischen Herausforderungen? Kann der Schweizer Föderalismus mit seinen kleinräumigen Strukturen den Anforderungen einer zunehmend international ausgerichteteten und mobilen Wirtschaft noch gerecht werden?

Dabei ist es wichtig, die verschiedenen Instrumente des Föderalismus zu unterscheiden und ihren Einfluss auf die staatliche Leistungsfähigkeit einzeln sowie im Zusammenspiel zu betrachten: Der Föderalismus erlaubt erstens die dezentrale Erfüllung von Staatsaufgaben, so dass öffentliche Leistungen an regional unterschiedliche Bedürfnisse angepasst werden können. Die daraus resultierenden Unterschiede im Leistungsangebot stärken zweitens die Innovationsfreude und den interkantonalen Wettbewerb, der wiederum die wirtschaftliche Entwicklung begünstigt. Drittens bedeuten Dezentralisierung und Fragmentierung Machtteilung und stärken damit die Checks and Balances im Bundesstaat.

Durch direkte Betroffenheit und Bürgernähe stärkt der Föderalismus viertens die effiziente Staatsführung und erhöht fünftens dank Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten das Sozialkapital und die Lebensqualität. Nicht zuletzt reduziert die föderale Staatsstruktur sechstens die Ungleichverteilung der Einkommen in der Gesellschaft und hält damit den Umverteilungsbedarf in Grenzen. Siebentens erfüllt der Föderalismus eine Art Versicherungsfunktion gegen asymmetrisch auftretende Schocks und kann so eine gewisse konjunkturelle Stabilisierungsfunktion wahrnehmen.

Diese Ergebnisse zeigen: Es ist kein Zufall, dass in den wichtigsten Länderrankings zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit (z. B. Global Competitiveness Ranking des WEF oder World Competitiveness Scoreboard des IMD) föderalistisch organisierte Länder wie die Schweiz, die USA, Kanada oder Deutschland regelmässig Spit-

zenplätze belegen. Der Föderalismus war und ist eine wesentliche Triebfeder für den Erfolg dieser Volkswirtschaften und bietet heute noch günstige Voraussetzungen, um die gegenwärtigen Herausforderungen zu meistern. Dies gilt insbesondere für den Schweizer Wettbewerbsföderalismus. Es bedarf daher keiner grundlegenden Anpassung der föderalen Strukturen in der Schweiz. Vielmehr kann der Schweizer Wettbewerbsföderalismus zur Bewältigung grosser wirtschaftspolitischer Herausforderungen beitragen, indem er sich positiv auf die Staatsfinanzen, das Wirtschaftswachstum oder die Einkommensverteilung auswirkt.

Die Vorteile des Schweizer Föderalismus sind jedoch an Bedingungen geknüpft: Die Kantone sollten eine hinreichende Autonomie besitzen, damit der Wettbewerbs- und «Laborföderalismus» spielen kann. Weiter ist das Verhältnis zwischen Solidarität und Wettbewerb im Rahmen des Finanzausgleichs so auszutarieren, dass es sich auch für wirtschaftlich schwächere Kantone wieder lohnt, ihre Situation eigenständig, z. B. über die Ansiedlung von Unternehmen, zu verbessern.

Das erfolgreiche Modell des Schweizer Wettbewerbsföderalismus läuft indessen Gefahr, durch die Tendenz zu komplexen Aufgabenverflechtungen zwischen den staatlichen Ebenen mit entsprechenden Verbundfinanzierungen ausgehöhlt zu werden. Die kantonale Autonomie steht ständig unter dem Druck der Vereinheitlichung und Zentralisierung. Dazu gehören nicht zuletzt die wiederkehrenden Diskussionen um die territoriale Struktur mit dem Ziel, Kantone zu funktionalen Räumen zu fusionieren. Auf die Grösse einer Gebietskörperschaft kommt es aber nicht an. Skaleneffekte lassen sich im Prozess von Verhandlungen mit anderen Gliedstaaten erreichen.

Entscheidend sind vielmehr die Kompetenzen der Gliedstaaten, um eine eigenständige Politik zu machen und diese gegenüber den Bürgern zu verantworten. Entscheidend ist also die fiskalische Äquivalenz – die Einheit von Entscheidung, Finanzierung und Nutzung – beim institutionellen Design und somit die Symmetrie von Ausgaben- und Einnahmekompetenzen bei den Gliedstaaten. Es gilt, das Haftungsprinzip zu stärken: Verantwortung, Risiko und Entscheidung gehören zusammen. Damit bleibt der Föderalismus auch im 21. Jahrhundert ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Schweiz.

Lars P. Feld ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg i. Br. und Direktor des Walter-Eucken-Instituts; Christoph A. Schaltegger ist Professor für politische Ökonomie an der Universität Luzern und Direktor am IFF der Universität St. Gallen. Sie sind die Autoren des soeben erschienenen Buchs «Föderalismus und Wettbewerbsfähigkeit in der Schweiz», NZZ Libro.

Deutungshoheit der Erwärmungstheoretiker

## Die ideologischen Seiten des Klimawandels

Gastkommentar  
von SONJA MARGOLINA

Gleich nach seinem Einzug ins Weisse Haus hat Donald Trump Schritte zum Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimavertrag unternommen. So wurden, laut einem Bericht des «Guardian», Mitarbeiter des US-Ministeriums für Landwirtschaft angewiesen, einige Bezeichnungen, unter anderem «Klimawandel», aus dem Verkehr zu ziehen. Stattdessen sollten die Behörden in ihren Gutachten den Begriff «Wetterextreme» verwenden, «Anpassung an den Klimawandel» sollten sie durch «Widerstandsfähigkeit gegen Wetterextreme» ersetzen und die «Reduzierung der Treibhausgase» – die als Hauptursache für den menschengemachten Klimawandel verantwortlich gemacht werden – durch «Herausbildung organischer Stoffe in den Böden und erhöhte Nutzung von Nahrungsmitteln». Es geht also darum, jene Prozesse, die bisher auf den Klimawandel zurückgeführt und negativ konnotiert wurden, als natürlich oder positiv zu beschreiben.

Auf den ersten Blick mutet die Verordnung grotesk und orwellianisch an. Doch könnte ein solches Urteil auch voreilig sein.

Denn der «Klimawandel», den Trump aus dem Sprachgebrauch zu tilgen trachtet, ist nicht nur eine Beschreibung der Wirklichkeit, sondern auch ein ideologisches Konstrukt. Millionenfach in den Medien wiederholt, als alternativlose Wahrheit in Schulen gelehrt, gibt der Begriff einen Rahmen vor, in dessen Grenzen die Gesellschaft zu denken und die Realität aufzufassen hat.

Früher spiegelte dieses an sich neutrale Wort die Tatsache wider, dass das Erdklima unter dem Einfluss natürlicher Faktoren starken Schwankungen ausgesetzt ist. Seit ungefähr dreissig Jahren hat sich seine Semantik nach und nach verändert. Was sich seit Jahrtausenden ganz unabhängig von menschlichem Tun vollzog, hat nun der Mensch allein zu verantworten. Klimawandel, Klimasünder, Klima-Leugner – rund um das Klima haben sich suggestive und stigmatisierende Neologismen herausgebildet, die der industriellen Welt und besonders dem Westen die alleinige Schuld für die kommende Klimakatastrophe unterstellen. Die Begriffe sind selbstredend geeignet, ihre Kritiker zu diskreditieren.

Bei einem derart massiven, fast totalen Einverständnis hinsichtlich der Ursachen und Folgen des Klimawandels droht die Berichterstattung über Klimaphänomene nicht nur einseitig zu werden, sondern gar in die Nähe von Propaganda zu rücken. Alternative Deutungen und kritische Be-

denken werden routinemässig als interessengeleitet denunziert und ins Abseits gedrängt, um die Konsensfähigkeit in Sachen Klimaschutz nicht zu gefährden. Negative Nebenfolgen wie Umweltschäden durch Klimaschutzmassnahmen oder die selbsterstörerische Energiewende in Deutschland werden dabei gern kaschiert.

Wer an den Klimawandel glaubt, neigt dazu, alle ungewöhnlichen Naturscheinungen – ob ungewöhnliche Kälte oder Hitze, Bergsturz oder Überschwemmung – als Bestätigung seines Glaubens wahrzunehmen. So entsteht eine Plausibilität der Zusammenhänge, die das bereits verinnerlichte Weltbild bestätigt. Solches öffnet einem irrationalen Wettlauf um die Weltrettung Tür und Tor – vom Fleisch- oder Dieserverbot bis zur Dekarbonisierung der Weltwirtschaft.

Doch worin unterscheidet sich der Klimawandel als wissenschaftlicher Glaube vom Klimawandel als Realität? Entgegen der gängigen Propaganda bleibt die wissenschaftliche Unsicherheit hinsichtlich der Wirkung der Treibhausgase, unter anderem des dämonisierten Kohlendioxids, gross. Viele Forschungsergebnisse stellen seine Rolle als Klimakiller infrage. Auch die mithilfe von Computermodellen errechnete Erderwärmung bis 2100 ist nicht mehr als «Prophezeiung».

Selbst wenn das menschliche Tun einen wachsenden Anteil an der Erderwärmung hat, könnten auch omnipotente Klimafaktoren wie schwankende Sonnenintensität und astronomische Zyklen mit eine Rolle spielen. Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet Astronomen, die abseits der politisierten Klimaforschung stehen, eine Klimaabkühlung kommen sehen. Die Massnahmen gegen künftige Erderwärmung, der Versuch, das Klima in grossem Stil zu beeinflussen, erschienen von daher als ruinöser Irrlauf.

«Klimawandel» ist ein hochideologischer Begriff, der die Utopie der «Klimarettung» zum Ziel des politischen Handelns und zum moralischen Gebot erhoben hat. Man darf nicht übersehen, dass dieses Denkmodell mit handfesten Interessen zahlreicher Profiteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Öko-Industrie verbunden ist. Vor diesem opaken Hintergrund mutet die Verbannung des «Klimawandels» aus dem Vokabular der Herrschaftssprache durch Trump wie ein Widerschein der Vernunft an. Mag sein, dass ausgerechnet diesem schlechtesten US-Präsidenten aller Zeiten die Rolle eines Mephisto zufällt, der das Böse will und ungewollt das Gute schafft.

Sonja Margolina, 1951 in Moskau geboren, lebt als Publizistin und Buchautorin in Berlin.